

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 6

Artikel: Journalistische Selbstkritik - eine rare Sache : viele Zeitungen scheuen noch die offene Selbstkritik
Autor: Russ-Mohl, Stephan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092700>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Viele Zeitungen scheuen noch die offene Selbstkritik

Journalistische Selbstkritik — eine rare Sache

Zumindest für den anspruchsvollen Informationsjournalismus dürfte gelten, dass Markterfolg mehr und mehr von der Glaubwürdigkeit der Berichterstattung mitbestimmt wird. Sie wiederum lässt sich auch im Journalismus nur gewinnen, wenn Fehlleistungen nicht vertuscht werden, sondern Redaktionen bereit sind, diese einzugestehen und sich mit ihnen — auch für das Publikum erkennbar — auseinanderzusetzen.

In Deutschland und in der Schweiz wird noch immer um Gegendarstellungsansprüche erbittert gefeilscht; wenn sie denn gedruckt werden müssen, lässt es sich die Redaktion oftmals nicht nehmen, sie mit einem rechthaberischen Kommentar zu versehen. Freiwillige nachträgliche Korrekturen der Berichterstattung werden, wenn sie überhaupt erfolgen, gerne so gut wie irgend möglich versteckt.

Amerika — du hast es besser

Amerikanische Blätter gehen dagegen längst sehr viel lockerer und unbefangener mit eigenen Fehlern und fremder Kritik um: Der Leser soll ruhig wissen, dass im tagesaktuellen Redaktionsstress gelegentlich etwas schief geht. Das einzugestehen, ist keine Schande, sondern erhöht die Glaubwürdigkeit des eigenen Blattes.

Vor allem drei Errungenschaften sind anzuführen:

- Bei einer Reihe von Blättern gibt es Ombudsleute. Wer sich über die Berichterstattung beschwerten will, hat damit eine Anlaufstelle.
- In Korrekturspalten, die prominent und an fester Stelle platziert sind, werden Falschmeldungen des Vortages zurechtgerückt. Solch eine Spalte ist nicht nur für die «New York Times», sondern für viele andere Zeitungen seit langem zur Selbstverständlichkeit geworden.
- Die Medienberichterstattung beschränkt sich längst nicht mehr allein auf Fernseh-Programmorschau und -kritik. Während in Deutschland bislang unter den überregionalen Tageszeitungen lediglich die «Frankfurter Rundschau» und allenfalls die «Süd-

deutsche Zeitung» zu Vorreitern einer breiter angelegten, regelmäßigen Berichterstattung über die «Vierte Gewalt» geworden sind, gehört dies in den USA bereits vielerorts zum Kernbestand des redaktionellen Angebots.

Hausinterne Medienkritik

Besonders gepflegt wird die Medienkritik bei der hochangesehenen «Los Angeles Times». Sowohl in puncto Länge als auch Substanz erinnern deren Analysen an «Zeit»-Dossiers oder «Spiegel»-Titelgeschichten — nur dass sie sich eben thematisch mit Medien und Medienberichterstattung befassen. Dabei setzt sich der Medienredaktor David Shaw sogar immer mal wieder kritisch mit der Berichterstattung des eigenen Blattes auseinander. So attestierte Shaw kürzlich seiner Zeitung, sie hätte weniger aktuell über die Rassenunruhen 1992 und Krawalle in Los Angeles berichtet als die «Daily News». Auch die Hintergründe des Geschehens habe das kleinere Konkurrenzblatt besser ausgeleuchtet. Shaw schrieb auch, dass einige schwarze Kollegen der eigenen Redaktion darüber verbittert seien, dass die Redaktionsleitung auf «ihre vorangegangenen Berichte über weitverbreitete Polizei-Brutalität im Süden von Los Angeles» nicht reagiert habe. Übergriffe der Polizei waren der Auslöser der Krawalle gewesen.

Mit seiner Analyse hat Shaw einmal mehr den Zorn so mancher Redaktionskollegen auf sich gelenkt, die ihm dann gerne unterstellen, er wolle sich mit solch selbstkritischen Stories nur auf ihre Kosten profilieren. Shaw genießt andererseits die Rückendeckung seines Chefredaktors Shelby Coffey III, dem er direkt unterstellt ist. Dieser hält es «für ein Zeichen institutionellen Selbstvertrauens, dass das Blatt sich einen David Shaw leistet.»

Immer noch eine Rarität

Für solches Umdenken in puncto journalistischer Selbstkritik dürfte in Amerika nicht zuletzt eine Einrichtung mitverantwortlich sein, die es auch in den USA noch bei viel zu

wenigen Blättern gibt, die aber gleichwohl Wirkung zeitigt: der Ombudsmann. Nur 37 von insgesamt rund 1650 Tageszeitungen haben eine solche Beschwerdeinstanz. Einer von ihnen, Barry Mullin von der «Winnipeg Free Press», hat ausserdem gerade seinen Job verloren. Anlass dafür, dass er beim Herausgeber seines Blattes in Ungnade fiel, waren — noch einmal — die Unruhen in Los Angeles. Mullin hatte nämlich in seiner Ombudsmann-Kolumne harsch kritisiert, dass sein Blatt die ersten Meldungen über die Gewalttätigkeiten weit innen auf Seite D 56 versteckt hatte, statt damit auf der Titelseite aufzumachen. Den «schockierenden Ausrutscher in der Nachrichtenbewertung» wertete er zugleich als Indiz für die Abkehr seiner Zeitung von «harten Nachrichten hin zu «Soft news»». Der Fall, nachgezeichnet vom Branchenmagazin «Editor & Publisher», zeigt exemplarisch die Möglichkeiten und Grenzen von Ombudsleuten in der amerikanischen Presse.

Einen breiteren Überblick über deren Wirken gewährt Richard Salant, vormals CBS-Präsident, im jüngsten Heft der «Nieman Reports» (Fall 1992), der wohl anspruchsvollsten amerikanischen Journalismus-Fachzeitschrift. Salant hat sich unter den US-Ombudsleuten umgesehen und insgesamt 70 ihrer Kolumnen ausgewertet:

«Sie sind interessant und informativ, gut und lebendig geschrieben. Sie widerstehen der Versuchung, im pompösen und überheblichen Sermon daherzukommen. Was am meisten beeindruckt, ist die Vielfalt der Themen und Herangehensweisen unter den Ombudsleuten. Manchmal beschränken sie sich darauf, Leserbeschwerden zu zitieren. Manche setzen sich mit den Klagen auseinander, aber ohne ein Urteil zu fällen. Ein Ombudsmann, Art Nauman, übt sogar Selbstkritik und berichtigt einen Fehler, der ihm unterlaufen ist. . . . In manchen Fällen wird einfach erklärt, wie eine Sache schiefgelaufen ist, und solche Ursachenanalyse trägt dann dazu bei, dass die Öffentlichkeit redaktionelle Entscheidungsprozesse und auch deren Fehlbarkeit besser verstehen lernt.

In anderen Fällen wiederum werden die Ausreden, Rationalisierungen und Irrtumsbekenntnisse der verantwortlichen Journalisten präsentiert.»

Salant selbst kennt sich aus im Metier. Er war einmal Vorsitzender des National News Council, ein dem Deutschen oder Schweizer Presserat vergleichbares Selbstkontrollorgan, das jedoch in den USA nie richtig Fuss fassen konnte und inzwischen aufgelöst wurde.

«El Pais» — eher die Ausnahme in Europa

In Europa gehört zu den wenigen herausragenden Blättern, die schon seit Anfang der achtziger Jahre einen Ombudsmann haben, die spanische Tageszeitung «El Pais». 200 bis 300 Leser wenden sich pro Woche schriftlich oder telefonisch an ihn — aufs Jahr hochgerechnet macht das um die 13 000 Anfragen, Stellungnahmen und Beschwerden. Der Ombudsmann hat wöchentlich in der Sonntagsausgabe des Blattes eine Kolumne, in der er Leserkritik präsentiert und kommentiert — ohne dass die Redaktion oder der Verleger darauf Einfluss nehmen können.

Miguel Angel Bastenier, einer der leitenden Redaktoren, erinnert sich, dass es in den vergangenen acht Jahren, «in einem halben Dutzend Fällen zu harschen Konflikten» zwischen dem Ombudsmann und der Redaktion gekommen sei. Einmal habe er selbst die Kritik des Ombudsmanns an einem Kollegen als «absolut unfair» empfunden und sich beim Chefredaktor beschwert. Der habe den Sachverhalt ähnlich bewertet wie er, jedoch offenbar, um die Unabhängigkeit des Ombudsmanns nicht zu gefährden, zähneknirschend nicht weiterverfolgt.

Der Ombudsmann wird vom Herausgeber berufen und übt sein Mandat hauptberuflich aus. Die Amtsperiode beträgt ein Jahr und kann um ein weiteres Jahr verlängert werden. Danach erfolgt erst einmal ein Wechsel; eine spätere Wiederbestellung ist

Fortsetzung Seite 6

Nach dem Bundeshausdrama

Bedenkliche Bilanz der Medienpolitik

Das Schauspiel, das die Schweizerische Bundesversammlung der Öffentlichkeit mit der jüngsten Bundesratswahl bot, ist allgemein nicht goutiert worden. Viele empfanden diesen Wahlgang unter massivem Druck von aussen als Kapitulation des verfassungsmässigen Wahlkörpers. Eine Suspendierung gewachsener und bewährter Normen war es auf jeden Fall. Aus mehreren Voten im Rahmen der Wahlsession der Vereinigten Bundesversammlung ist eine Machtverlagerung von der verfassungsmässigen Legislative zu einer nicht transparenten und einer Kontrolle entzogenen Medienstruktur deutlich geworden.

Die Medienkampagne, die eine gravierende Einschränkung der Entscheidungsfreiheit der Bundesversammlung bewirkte, war mittelbar die Folge einer leichtfertigen Medienpolitik unter dem Regime der «Zauberformel». Und diese Medienpolitik hat nun auch zur Konsequenz, dass die «Zauberformel» für die bürgerlichen Parteien zum Sachzwang geworden ist: Eine Sozialdemokratie als parlamentarische Opposition könnte sich immer noch auf die von ihren Anhängern in den Schlüsselstellen von Radio und Fernsehen ausgeübte Medienmacht stützen.

jedoch möglich, und der derzeitige Ombudsmann Jesus della Serna ist bereits zum zweitenmal in Amt und Würden. In das Amt berufen wurden bisher jeweils leitende Redaktoren, die auch in der Redaktion hohes Ansehen geniessen. Denkbar sei auch die Bestellung eines Aussenstehenden — doch das hält Bastenier für unwahrscheinlich. «Im Grunde muss man das Haus kennen, um das Amt glaubwürdig ausüben zu können», meint er.

«El Pais» ist das einzige Blatt Spaniens, das einen Ombudsmann hat — und das, so Bastenier, obwohl «die spanische Presse ziemlich unfair ist,

Parlamentarier unter Druck

Der von seiner sozialdemokratischen Partei zum Verzicht auf das Bundesratsamt gezwungene Nationalrat Francis Matthey sagte in seiner Erklärung vor der Bundesversammlung in einem Satz alles über die von den Medien bestimmte Entwicklung seit dem Rücktritt von Bundesrat René Felber: «Anfangs war das Kriterium «Frau» nicht vorrangig, später ist es dies geworden, zum Schluss war es das einzige.» Dieser Ablauf war die Folge einer ganz massgeblich von den elektronischen Medien betriebenen Kampagne. Von «Kampagne» hatte Christiane Brunner, ohne sich der Unüblichkeit dieser Art der Bewerbung um das höchste Amt offenbar bewusst zu sein, bei verschiedenen Gelegenheiten selber gesprochen, und nach der Wahl von Ruth Dreifuss dankte sie den demokratischen Frauen auf dem Berner Bundesplatz dafür, dass sie einer «Mobilisierung» gefolgt seien, die das Parlament gezwungen habe.

Ein welscher Liberaler sprach vor den Räten vom «Psychodrama», das man durchlebt habe. Der Waadtländer Kommunist Joseph Zisyadis brachte die Dinge, wie sie nach den Vorgängen im Umfeld dieser Wahl

und ein Betroffener so gut wie keine Möglichkeit hat, sich gegen journalistische Angriffe zu verteidigen». Was der Ombudsmann von «El Pais» schreibt, wird auch von der journalistischen Konkurrenz sorgfältig beobachtet. Mitunter handle es sich, laut Bastenier, «um Munition, die erst einmal zwischengelagert wird, damit man sie zu einem späteren, geeigneten Zeitpunkt zum Angriff verwenden kann». Eine der jüngsten Kolumnen handelte denn auch von Don Quijote — was aber wohl nicht als Anspielung auf das Selbstverständnis des Ombudsmannes zu werten war.

Stephan Russ-Mohl
Medien Kritik (Frankfurt)

standen, auf den Punkt: «Die wirkliche Macht liegt nicht mehr in diesem Parlament.» Die Berner Grüne Leni Robert drohte vage mit der Zukunft, als die von den Medien zur Symbolfigur aufgebaute Christiane Brunner zugunsten von Frau Dreifuss verzichtet hatte: «Symbole stösst man nicht ungestraft vom Sockel.»

Die Medienkampagne . . .

In zahllosen Sendungen und Moderationen von Radio und Fernsehen der deutschen Schweiz war seit Wochen eine Identifikation «der» Schweizer Frauen mit Christiane Brunner betrieben worden. Vom «Wort zum Tag» des Radios zu «Espresso», «Rendez-vous» oder «Doppelpunkt» reichte man sich die Parolen weiter, bis dann schliesslich ein Radioredaktor die Dinge so weit gediehen glaubte, um im Interview mit einem Politiker vom «Druck des Volkes» sprechen zu können. Parallel machte das Fernsehen DRS in einer Reihe von Sendungen mobil, wobei wohl der «Rundschau» die Ehre zukommt, mit einer Ausgabe bereits vom 10. Februar das «Ring frei zur letzten Runde» verkündet zu haben. Meistens ging dabei die Verklärung der Medienkandidatin Brunner mit einer Herabsetzung der männlichen und bürgerlichen Parlamentarier einher, ganz besonders nach dem 3. März, als Francis Matthey gewählt worden war.

. . . und was sie möglich machte

Es ist eine Binsenweisheit, dass bei Radio und Fernsehen DRS auf den Ebenen, wo über Programme entschieden und wo diese ausgeführt werden, die Positionen von SP-Mitgliedern oder -Anhängern beziehungsweise von sympathisierenden -Alternativen besetzt sind — oder auch von parteipolitisch nicht Festgelegten, die sich der Gruppendynamik ergeben, um nicht als «nicht teamfähig» abgestempelt zu werden.

Dass es soweit kommen konnte, ist der zielstrebigen, die Bedeutung der elektronischen Medien stets klar erkennenden Politik der Sozialdemokratie zuzuschreiben, die seinerzeit

in der von bürgerlichen Politikern durchgesetzten Wahl von SP-Leuten an die Spitze von Radio und Fernsehen DRS gipfelte. Man wollte Toleranz beweisen, keinesfalls mit dem von Medienleuten freigebig verpassten Stempel «rechtslastig» gezeichnet werden, und man vertraute naiv auf die bürgerliche Dominanz in der Generaldirektion SRG und in der Trägerschaft.

Hier aber funktionierte, weil die Parteien (und der zur Besetzung bestimmter Positionen berechnete Bundesrat) die ihnen «zustehenden» Ämter als Pfründen für lokale und regionale Potentaten betrachteten — hier funktionierte stets die übermächtige Integrationskraft des faszinierenden Produktionsapparats der Medien. Man schmeichelte sich, dazugehören, statt die Aufgabe als Vertretung der Öffentlichkeit wahrzunehmen. So konnte der Programmapparat der elektronischen Medien zur Domäne einer Partei und ihres geistigen Umfelds werden.

Faktum «Vierte Gewalt»

Die Bundesratswahl vom 3./10. März hat, wenn das überhaupt noch nötig gewesen sein sollte, zwei Dinge deutlich gemacht: Die als innenpolitische Faktoren konkurrenzlos agierenden schweizerischen elektronischen Medien üben neben (oder über?) der gesetzgebenden, der ausführenden und der richterlichen Gewalt effektiv eine nicht demokratisch kontrollierte vierte Gewalt aus, und sie agieren in entscheidenden Momenten im Sinn einer bestimmten Meinungsgruppe.

Und — zweitens — wird diese monopolisierte «Vierte Gewalt» dann in bedenklicher Weise in Erscheinung treten, wenn sich die Sozialdemokratie dereinst von sich aus oder unter Zwang in die deklarierte Opposition verabschiedet haben sollten: Ihre mit bürgerlichem Zutun errichtete Medienbastion wird weiter wirken, ob mit Zauberformel oder ohne.

(wag.)